

Aktenzeichen: 7 AZN 133/84

Bundesarbeitsgericht 7. Senat

Beschluß vom 30. März 1984

- 7 AZN 133/84 -

I. Arbeitsgericht
Passau

End-Urteil vom 9. Dezember 1982

- 1 Ca 795/82 -

II. Landesarbeitsgericht
München

End-Urteil vom 27. Oktober 1983

- 7 Sa 39/83 -

Für die Amtliche Sammlung: Nein

Für die Fachpresse: Nein

Entscheidungsstichwort:

Divergenz-Nichtzulassungsbeschwerde

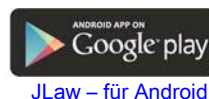
Gesetz: ArbGG 1979 § 72 a Divergenz

Leitsätze:

K e i n e



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
([mobile App](#))



7 AZN 133/84

7 Sa 39/83 München

B e s c h l u ß

In Sachen

pp.

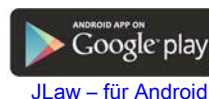
hat der Siebte Senat des Bundesarbeitsgerichts am 30. März 1984
beschlossen:

Die Beschwerde des Beklagten gegen die Nicht-
zulassung der Revision im Urteil des Landes-
arbeitsgerichts München vom 27. Oktober 1983
- 7 Sa 39/83 - wird als unzulässig verworfen.
Der Beklagte trägt die Kosten des Beschwerde-
verfahrens.

- 2 -



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
(mobile App)



G r ü n d e :

I. Die Nichtzulassungsbeschwerde wegen Divergenz ist nur dann in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form begründet (§ 72 a Abs. 3 Satz 2 ArbGG), wenn der Beschwerdeführer im einzelnen darlegt, welche divergierenden, abstrakten Rechtssätze das anzufechtende wie das angezogene Urteil aufgestellt haben und daß jedenfalls das anzufechtende Urteil auf dem abweichenden Rechtssatz beruht (BAG 32, 136 = AP Nr. 1 zu § 72 a ArbGG 1979). Dabei müssen die Rechtssätze aus der anzufechtenden und der angezogenen Entscheidung unmittelbar und so deutlich abzulesen sein, daß kein Raum für Zweifel bleibt, welchen Rechtssatz die Entscheidungen aufgestellt haben (BAG Urteil vom 3. Juli 1963 - 4 AZR 207/62 - AP Nr. 24 zu § 72 ArbGG 1953 Divergenzrevision).

II. Diesen Erfordernissen genügt die Beschwerde nicht. Die Beschwerde hat keine etwa divergierenden Rechtssätze aufgeführt, sondern lediglich fünf Entscheidungen zitiert, von denen das anzufechtende Urteil nach Ansicht der Beschwerde abweicht. Worauf diese Abweichung beruhen könnte, ist nicht aufgezeigt worden.

III. Die Beschwerde ist demnach mit der Kostenfolge aus § 97 Abs. 1 ZPO als unzulässig zu verwerfen (§ 72 a Abs. 5 Satz 3 ArbGG).

Roeper

Dr. Becker

Dr. Steckhan

